

Geschäftsbericht 2011

Bundesverwaltungsgericht



Einleitung	62
Zusammensetzung des Gerichts	63
Gerichtsorganisation	66
Kommissionen	67
Geschäftslast	68
Koordination der Rechtsprechung	71
Gerichtsverwaltung	71
Aufsicht	73
Zusammenarbeit	74
Projekt St. Gallen	75
Geschäftslastbewirtschaftung	75
Hinweise an den Gesetzgeber	76
Statistiken	78

Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts 2011

Bern, 24. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes
erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2011.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen
und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer
vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident:	Markus Metz
Der Generalsekretär:	Jürg Felix

Einleitung

Das Berichtsjahr stand weitgehend im Zeichen des weiteren Abbaus der pendenten Verfahren. Das Augenmerk lag dabei auf den alten und meist aufwändigen Verfahren, die bis im Jahr 2008 eingegangen waren. Diese konnten weitgehend entschieden werden. Damit einher ging auch die weitere Reduktion der durchschnittlichen Verfahrensdauer.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung des Umzugs nach St. Gallen, in welche die Abteilungen und vorab das Generalsekretariat intensiv eingebunden waren. Es ging darum, die Belegungsplanung durchzuführen, die optimalen Betriebsabläufe festzulegen sowie die Struktur des Generalsekretariats zu definieren. Durch Besuche der Mitarbeitenden vor Ort, begleitet von Informationsveranstaltungen, wurde der bevorstehende Umzug nach St. Gallen konkreter und greifbarer.

Von grosser Bedeutung war die Umstellung auf die neue IT-Plattform, die gleich zu Beginn des Jahres realisiert wurde und die zu keinen nennenswerten Einbrüchen in der Erledigungsstatistik des Bundesverwaltungsgerichts führte. Weitere Verbesserungen der IT wurden durch mehrere Releases vorgenommen. Die Mitte des Berichtsjahres abgeschlossene Studie zur Geschäftslastbewirtschaftung (Erhebung der Fallzahlen und der Verfahrensdauer) soll unter anderem die Basis für Optimierungen in der Zuteilung und Behandlung der Geschäfte und Ressourcen bilden. Des Weiteren wurden Vorbereitungen für eine elektronische Weiterbildungsplattform an die Hand genommen.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr bei 7030 Eingängen 8545 Verfahren erledigt. Von diesen waren 2337 (27%) beim Bundesgericht anfechtbar. Tatsächlich weitergezogen wurden 331 (14%) der beschwerdefähigen Urteile.

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsident:	Markus Metz
Vizepräsident:	Michael Beusch

Verwaltungskommission

Präsident:	Markus Metz
Mitglieder:	Michael Beusch Jean-Luc Baechler Bendicht Tellenbach Vito Valenti

Präsidentenkonferenz

Präsidentin:	Claudia Cotting-Schalch, Präsidentin Abteilung IV
Mitglieder:	Kathrin Dietrich, Präsidentin Abteilung I Hans Urech, Präsident Abteilung II Antonio Imoberdorf, Präsident Abteilung III Walter Stöckli, Präsident Abteilung V

Stab Leitungsorgane

Generalsekretär:	Jürg Felix (ab 1.4.)
Stellvertreterin:	Placida Grädel-Bürki
Leiter Präsidialsekretariat:	Bernhard Fasel

Abteilungen

Abteilung I

Präsidentin:	Kathrin Dietrich
Mitglieder:	Christoph Bandli Michael Beusch Jérôme Candrian Alain Chablais Daniel de Vries Reilingh (bis 31.10.) Beat Forster Lorenz Kneubühler Markus Metz Pascal Mollard André Moser Claudia Pasqualetto Péquignot Daniel Riedo Marianne Ryter Sauvant Charlotte Gabriële Schoder (bis 31.10.) Salome Zimmermann

Abteilung II

Präsident:

Hans Urech

Mitglieder:

Maria Amgwerd

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Francesco Brentani

Ronald Flury

Bernard Maitre

Vera Marantelli

Claude Morvant

Eva Schneeberger

Frank Seethaler

Marc Steiner

Philippe Weissenberger

Abteilung III

Präsident:

Antonio Imoberdorf

Mitglieder:

Elena Avenati-Carpani

Ruth Beutler

Jean-Daniel Dubey

Johannes Frölicher (bis 31.10.)

Madeleine Hirsig-Vouilloz

Stefan Mesmer

Francesco Parrino

Michael Peterli

Franziska Schneider

Marianne Teuscher

Andreas Trommer

Vito Valenti

Bernard Vaudan (bis 31.12.)

Blaise Vuille

Beat Weber

Abteilung IV

Präsidentin:	Claudia Cotting-Schalch
Mitglieder:	Pietro Angeli-Busi Gérald Bovier Daniele Cattaneo Yanick Felley (ab 1.10.) Robert Galliker Fulvio Haefeli Walter Lang Gérard Scherrer Daniel Schmid (bis 28.2.) Hans Schürch Nina Spälti Giannakitsas Bendicht Tellenbach Contessina Theis (ab 1.6.) Thomas Wespi Martin Zoller

Abteilung V

Präsident:	Walter Stöckli
Mitglieder:	Emilia Antonioni Luftensteiner François Badoud Muriel Beck Kadima Maurice Brodard Jenny de Coulon Scuntaro Gabriela Freihofer Kurt Gysi Bruno Huber Markus König Christa Luterbacher Jean-Pierre Monnet Regula Schenker Senn Daniel Willisegger (ab 1.10.)

Per 1. Januar gab es drei Wechsel in den Abteilungspräsidien: Kathrin Dietrich übernahm das Präsidium der Abteilung I von Lorenz Kneubühler, Hans Urech dasjenige der Abteilung II von Bernard Maitre und Antonio Imoberdorf dasjenige der Abteilung III von Alberto Meuli.

Als Ersatz für den per 31. Dezember 2010 in den Ruhestand getretenen Alberto Meuli und den per 28. Februar ausgetretenen Daniel Schmid wurden Contessina Theis und Daniel Willisegger am 16. März von der Vereinigten Bundesversammlung ans Gericht gewählt. Sie traten ihre jeweiligen Stellen am 1. Juni bzw. am 1. Oktober an. Am 15. Juni wurde Yanick Felley ans Gericht gewählt. Er trat seine Stelle

am 1. Oktober an und ersetzt den bereits per 31. Dezember 2010 ausgetretenen Blaise Pagan. Daniel Stufetti und Marie-Chantal May Canellas wurden am 28. September bzw. am 21. Dezember gewählt. Sie ersetzen Johannes Frölicher, welcher per 31. Oktober demissionierte, und Bernard Vaudan, der per 31. Dezember in den Ruhestand trat.

Per 31. Oktober schieden Charlotte Schoder und Daniel de Vries Reilingh aus dem Richteramt aus. Sie waren zur Bewältigung der Beschwerdeeingänge im Zusammenhang mit dem Amtshilfegesuch der USA in Sachen UBS AG befristet angestellt worden.

Am 1. April trat Jürg Felix die Stelle als Generalsekretär an.

Gerichtsorganisation

Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu vier ordentlichen Sitzungen in Bern oder in Zollikofen. Es vereidigte die Richterin Contesina Theis sowie die Richter Daniel Willisegger, Yanick Felley und Daniel Stufetti.

Im Märzplenum beauftragte das Gesamtgericht seine Kommission, die geltende Regelung zum Vorgehen bei Vakanzen auf Richterebene zu evaluieren, dem Plenum gegebenenfalls mögliche Alternativen aufzuzeigen und zum Beschluss vorzulegen. In der Maitagung wurde durch die Autoren die Studie zur Geschäftslastbewirtschaftung präsentiert. Nähere Angaben dazu können dem entsprechenden Bericht auf Seite 75 entnommen werden. Ebenso wurde die von den Richterinnen und Richtern erarbeitete Ethik-Charta verabschiedet.

Für das nächste Geschäftsjahr haben die Richterinnen und Richter erneut Jahresziele verabschiedet. Angestrebt wird unter anderem, dass Ende 2012 die vor 2011 eingegangenen, spruchreifen Verfahren weitestgehend abgebaut sind.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, tagte im Berichtsjahr in neuer Zusammensetzung. Es fanden insgesamt 16 (2010: 14; 2009: 18) ordentliche Sitzungen statt, wovon zwei gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt wurden. Die Kommission setzte sich zu Beginn des Jahres Ziele für die kommenden zwei Jahre. Dabei hielt sie sich an ihren Beschluss, sich auf strategische Ziele zu konzentrieren und die operative Verwaltungstätigkeit dem Präsidium und dem Generalsekretär zu überlassen. Gestützt auf das neu eingeführte Tertialsreporting (früher Quartalsreporting), überprüfte die Verwaltungskommission die Erreichung der vom Gesamtgericht und von den anderen Leitungsorganen gesetzten Jahresziele regelmässig.

Hauptgewicht der Arbeit der Verwaltungskommission bildeten im Berichtsjahr Personalentscheide. Infolge erheblich erhöhter Fluktuation im Hinblick auf den Umzug nach St. Gallen waren laufend Gerichtsschreiberin-

nen und Gerichtsschreiber anzustellen. Des Weiteren hat die Verwaltungskommission die Umorganisation des Generalsekretariats (Vereinfachung der Strukturen) im Hinblick auf St. Gallen begleitet und ein Aus- und Weiterbildungssystem für Richterinnen und Richter (Richterportfolio) zur Entscheidungsfähigkeit vorbereitet.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu elf Sitzungen, einer Retraite sowie zu zwei gemeinsamen Sitzungen mit der Verwaltungskommission. Hauptaufgaben waren die Koordination der Rechtsprechung (s. Seite 71), die Verabschiedung von Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren (s. Seite 70) sowie der Erlass von Reglementen und Richtlinien in ihrem Zuständigkeitsbereich. Im Berichtsjahr konnten insbesondere die Richtlinie über die Koordination der Rechtsprechung sowie die Richtlinien für die Urteilsredaktion, die Zitierung von Quellen und die Anonymisierung von Entscheidungen verabschiedet werden. Um die Konsultation der Richterinnen und Richter und die Diskussion unter ihnen auch ausserhalb der ordentlichen Sitzungen zu erleichtern und zu fördern, wurde als Ergänzung zu den Sitzungen vermehrt mittels Intranet-Foren gearbeitet.

Kommissionen

Kommission des Gesamtgerichts

Die Kommission des Gesamtgerichts, welche sich im Berichtsjahr aus sieben Richterinnen und Richtern zusammensetzte, ist für die Vorbereitung wichtiger Plenumsgeschäfte zuständig. Sie hat im Berichtsjahr vom Gesamtgericht namentlich den Auftrag erhalten, die Richtlinien über das Vorgehen bei Vakanzen auf Richtererebene zu evaluieren und allenfalls Änderungen vorzuschlagen. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gange und werden vom Präsidialsekretariat unterstützt, wobei ein breiter Vernehmlassungsprozess vorgesehen ist. Im Übrigen hat die Kommission auf strategische Entscheidungsalternativen in Bezug auf Themen wie etwa das Pflichtenheft der Redaktionskommission, die Dokumentationspolitik oder das Publikationskonzept hingewiesen.

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission setzt sich aus einer Richterin oder einem Richter pro Abteilung zusammen. Aufgrund der von den zuständigen Abteilungen eingereichten Vorschläge entscheidet sie über die Publikation der Urteile in der amtlichen Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE) und sorgt für eine abgestimmte und einheitliche Veröffentlichung. Im Berichtsjahr hat sich die Redaktionskommission zu 15 Sitzungen getroffen und 50 Entscheide publiziert. Der Wechsel der Informatikplattform führte zu Verspätungen, so dass im Berichtsjahr weniger Entscheide als üblich publiziert werden konnten. Der im Berichtsjahr vollzogene Verlagswechsel und die Neuorganisation des Publikationsbereichs verliefen reibungslos.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle dient der Beilegung von Konflikten zwischen Richtern bzw. Richterinnen. Die Wahl der bisherigen Vorsitzenden, Kathrin Dietrich (Abteilung I), zur Abteilungspräsidentin hatte ihr Ausscheiden aus der Schlichtungsstelle zur Folge. Neu übernahm Ronald Flury (Abteilung II) den Vorsitz, als Stellvertreterin wurde Jenny de Coulon Scuntaro (Abteilung V) gewählt. Für die Abteilung I kam neu Marianne Ryter Sauvant in die Kommission und Jean-Daniel Dubey (Abteilung III) ersetzte den ausgetretenen Michael Peterli. Im Berichtsjahr wurde die Schlichtungsstelle nicht angerufen.

Personalkommission

Die Kommission nimmt die Interessen der Mitarbeitenden wahr und fördert die Zusammenarbeit zwischen den gerichtlichen Leitungsorganen und dem Personal. Seit den Neuwahlen im März setzt sie sich aus zwölf Mitgliedern der Abteilungen und des Generalsekretariats zusammen. Alle Amtssprachen sind im Gremium vertreten. Im Berichtsjahr befasste sich die Kommission unter anderem mit den Personalmassnahmen St.Gallen und reichte dazu mehrere Stellungnahmen ein.

Beauftragte für Chancengleichheit

Im Berichtsjahr haben sich die Beauftragten für Chancengleichheit gegenüber der Gerichtsleitung zu den mit dem Umzug des Gerichts nach St.Gallen in Verbindung stehenden Personalmassnahmen vernehmen lassen. Weiter wurden sie im Zusammenhang mit einem Konflikt zwischen einer Mitarbeiterin und ihrem Vorgesetzten beigezogen. Ausserdem beantworteten sie in diversen Telefongesprächen Anfragen betreffend den Umzug nach St.Gallen.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 78 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 6692 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Von diesen stammen noch 38 von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten. Bis zum Jahresende gingen 7030 neue Beschwerden ein, denen 8545 abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember des Berichtsjahres um 1515 (–23%). Aufgeschlüsselt nach den fünf Abteilungen ergibt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abteilung I Infrastruktur, Finanzen, Personal	633	822
Abteilung II Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	496	581
Abteilung III Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	2114	2266
Abteilung IV Asyl	2040	2581
Abteilung V Asyl	1747	2295
Gesamthaft (Abteilungen I–V)	7030	8545

Abteilung I

Der Abteilung I standen im Berichtsjahr aufgrund der Mitarbeit in Gremien des Gerichts erneut reduzierte Richterstellenprozente zur Verfügung. Die selbstgesetzten Ziele, die bis zum 31. März 2009 eingegangenen Fälle sowie die UBS-Amtshilfefälle zu erledigen, wurden weitgehend erreicht. Insgesamt konnten die Pendenzen deutlich abgebaut werden.

Die Kammer 1 (Infrastruktur, Finanzen, Personal) behandelte diverse Fälle von öffentlichem Interesse. Zu erwähnen ist die Klage des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) in Sachen Google Street View, die im Wesentlichen gutgeheissen wurde. Weiter erlangten Urteile in den

Bereichen Natur- und Umweltschutz (Massnahmen zur Regulierung der Kormorankolonien am Neuenburgersee), Meinungs- und Informationsfreiheit (Plakatierung von Werbeflächen im Zürcher Hauptbahnhof) sowie Eisenbahninfrastruktur (Abweisung der Beschwerden gegen die Plangenehmigungsverfügung Cornavin – Eaux-Vives – Annemasse) und diverse Zwischenverfügungen im Beschwerdeverfahren betreffend die Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg eine hohe Publizität.

Die Kammer 2 (Abgaberecht) reduzierte die Verfahrensdauer insbesondere in den Bereichen Zoll, Mehrwert- und Verrechnungssteuer. Sie erledigte zudem zeitgerecht die Amtshilfeverfahren betreffend US-Kunden der UBS. Die speziell für diese Fälle erarbeitete Projektorganisation hat sich sehr bewährt. Per Ende Oktober beendeten die Richterin und der Richter sowie die Gerichtsschreibenden, die in diesem Rahmen zusätzlich befristet angestellt worden waren, ihre Tätigkeit, und die Kammer 2 konnte zu ihrem ordentlichen Geschäftsgang zurückkehren.

Der Aufsichtsdelegation über die Schätzungskommissionen (ESchK), welche sich stets aus Mitgliedern und Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammensetzt, gehörten im Berichtsjahr Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot, Richter André Moser und Gerichtsschreiber Cesar Röthlisberger (bis Ende April) bzw. Gerichtsschreiber Bernhard Keller (ab Mai) an. Neben diversen Aufsichtstätigkeiten sowie der Prüfung der Jahresberichte nahm sich die Delegation zusammen mit dem UVEK und dem BJ der Revision der Verordnung über die ESchK (SR 711.1) an. Ausserdem überarbeitete sie ihre Weisung betreffend allgemeine Arbeiten und Auslagen. Auf der neuen Informatikplattform wurde ein geschützter Bereich für die Mitglieder der ESchK mit nützlichen Downloads eingerichtet. Zudem wurde das neue Verfahren für den Versandtyp Gerichtsurkunde bei den ESchK erfolgreich eingeführt.

Abteilung II

Per 1. Januar trat Hans Urech die Nachfolge von Bernard Maitre als Präsident der Abteilung II an. Nach dem Jahr 2009 erfolgte auch im Berichtsjahr eine Zusammenarbeit mit der

Abteilung III. In diesem Rahmen war ein Richter während eines Jahres, ohne entsprechende Entlastung in der Abteilung II, im Umfang von 40% für die Abteilung III tätig. Zudem übernahm die Abteilung II eine im Voraus bestimmte Quote neu eingegangener IV-Fälle (rund 100 Verfahren). Schliesslich erklärte sich die Abteilung II bereit, Verfahren aus dem Bereich des Embargogesetzes zu behandeln. Allgemein kann festgestellt werden, dass sich die Anzahl Beschwerdeeingänge in den angestammten Rechtsgebieten der Abteilung II im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat.

Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens hat die Abteilung II im Berichtsjahr unter anderem entschieden, wie die Leihe von Personal durch Bundesämter aus vergabe-rechtlicher Sicht zu beurteilen ist, und sich mit der Thematik ungewöhnlich niedriger Angebote auseinandergesetzt. Im Kartellrecht waren beispielsweise die Anfechtbarkeit der Kostenaufgabe in Zwischenverfügungen und die Äusserungen von Mitarbeitenden des Sekretariats der Wettbewerbskommission im Rahmen einer Medienmitteilung und eines Tagesschauinterviews hinsichtlich einer möglichen Befangenheit zu würdigen. Zu weiteren interessanten Urteilen kam es im Bereich des geistigen Eigentums (Eintragungsfähigkeit einer Geruchsmarke), der Revisionsaufsicht (Verstoss gegen das Unabhängigkeitsgebot, Frage der genügenden Fachpraxis, Zulässigkeit bestimmter Disziplinar-massnahmen), der Finanzmarktaufsicht (Tarifgenehmigung in der Zusatzversicherung zur Krankenversicherung, «naming and shaming», Verbot von «fishing expeditions» bei der internationalen Amtshilfe) sowie im Bereich der Landwirtschaft (Erfordernis einer ausgeglichenen Nährstoffbilanz auch beim Einsatz von Biogasanlagen).

Abteilung III

Im Berichtsjahr kam es bei der Richterschaft zu einigen personellen Wechseln. Nachdem Alberto Meuli per 31. Dezember 2010 in den Ruhestand getreten war, übernahm Antonio Imoberdorf das Abteilungspräsidium. Zwei Richter demissionierten. Aufgrund der Geschäftslast, der bestehenden Pendenzen sowie des sprachlichen Ausgleichs wurden diese freigewordenen Richterstellen (90% sowie 50%) unter den Kammern abgetauscht.

Bezüglich der Aktenführung durch die Hauptvorinstanz hat die Abteilung auf Gesamtgerichtsebene ein Projekt initiiert. Insgesamt konnten die Pendenzen leicht abgebaut werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Kammer 1 lag weiterhin in der Beurteilung von Beschwerden im Bereich der Sozialversicherungen, wobei bei den Eingängen eine Abnahme von Beschwerden im Bereich der AHV/IV und eine Zunahme von solchen in den übrigen Gebieten festzustellen war. Dies ist zum einen auf die weitergeführte Zusammenarbeit mit der Abteilung II im Bereich der IV, zum andern auf eine markante Zunahme von aufwändigen Verfahren in den Bereichen der beruflichen Vorsorge und insbesondere der Spitalplanung und -tarife zurückzuführen.

Im Tätigkeitsbereich der Kammer 2 war bei den Verfahren um Einreisebewilligung, aufgrund der gesamteuropäischen Visaerleichterungen sowie des vorinstanzlich eingeführten Einspracheverfahrens, ein gewisser Rückgang festzustellen. Die verschiedenen Rechtsänderungen im Ausländerbereich, welche neue Anspruchstatbestände geschaffen haben und der Vorinstanz Koordinationsaufgaben auferlegen, führen dazu, dass die Verfahren arbeitsintensiver und komplexer geworden sind.

Abteilungen IV und V

Den Abteilungen IV und V gelang es im Berichtsjahr, trotz eines gegenüber dem Vorjahr reduzierten Richterbestandes, 33% ihrer Pendenzen abzubauen. Ein vorrangiges Jahresziel beider Abteilungen war die weitestgehende Erledigung der vor 2009 eingeleiteten Verfahren. Dieses Ziel wurde erreicht: Am Ende des Berichtsjahres waren noch 14 (Eingang bis Ende 2007) bzw. 112 (Eingang 2008) Fälle hängig, was einem Abbau dieser Kategorie um 83% entspricht. Seit Arbeitsaufnahme des Bundesverwaltungsgerichts im Januar 2007 haben die Abteilungen IV und V insgesamt fast die Hälfte ihrer Pendenzen abgebaut.

Der auf den 1. Januar vollzogene Wechsel der Informatikplattform erlaubte eine Vereinfachung der Entscheidungsprozesse bei Koordinationsfragen mithilfe von elektronisch aufgeschalteten Foren, wobei die Abläufe für Grundsatz- und für Länderurteile neu zu definieren waren. Gleichzeitig konnten die gemeinsamen Sitzungen der Richterinnen und Richter der Abteilungen IV und V von acht im Vorjahr auf drei reduziert werden. Auf diese Weise kamen verschiedene Urteile zu Stande, welche Rechtsfragen grundlegender Bedeutung beantworten oder Analysen der Situation in spezifischen Herkunftsländern (beispielsweise Afghanistan und Sri Lanka) vornehmen. Zu nennen sind im Zusammenhang mit den sogenannten Dublin-Verfahren etwa die Urteile betreffend die Überstellung von Asylsuchenden nach Griechenland angesichts der dort herrschenden Situation sowie die Anordnung des Beizugs einer Vertrauensperson für unbegleitete Minderjährige in Empfangs- und Verfahrenszentren. Die Auseinandersetzung mit Fragen zur 2008 für die Schweiz in Kraft getretenen Dublin-II-Verordnung nahm, wie bereits im Vorjahr, grossen Raum ein. Koordiniert wurden unter anderem auch die Praxis betreffend Umgang mit fremdsprachigen Rechtsmitteleingaben, Fragen im Zusammenhang mit der Aktenführungspflicht des Bundesamts für Migration BFM oder der Ermessensausübung beim Selbsteintritt aus humanitären Gründen in Dublin-Verfahren.

In den gemeinsamen Sitzungen berieten die Präsidien der vier Kammern beider Abteilungen Koordinationsmassnahmen von geringerer Bedeutung und sorgten für Übereinstimmung im administrativen Bereich

Vernehmlassungen

Von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung wurde das Bundesverwaltungsgericht zu insgesamt sechs Stellungnahmen zu parlamentarischen Initiativen sowie Gesetzes- und Verordnungsentwürfen eingeladen. Es nahm zu zwei parlamentarischen Initiativen betreffend die Verfassungsgerichtsbarkeit, zur Änderung des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen sowie zu einer Zusatzbotschaft zur Änderung des Asylgesetzes inhaltlich Stellung. In den drei anderen Fällen verzichtete es darauf.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurde das Koordinationsverfahren betreffend die Frage der Flüchtlingseigenschaft sowie die Zumutbarkeit des Wegweisungsvollzuges in den Norden und den Osten Sri Lankas nach dem Sieg der Regierungstruppen über die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) abgeschlossen. In das Verfahren waren die Abteilungen III, IV und V involviert. Nachdem die Koordinationsverfahren bislang gestützt auf eine provisorische Regelung durchgeführt wurden, stützen sie sich neu auf die durch die Präsidentenkonferenz am 17. Mai verabschiedete Richtlinie über die Koordination der Rechtsprechung.

Gerichtsverwaltung

Generalsekretariat

In verschiedenen Projekten wurden die Vorarbeiten für den im Jahr 2012 stattfindenden Umzug des Gerichts nach St. Gallen fortgesetzt bzw. in Angriff genommen. Da das Aufgabenprofil des Generalsekretariats am neuen Standort Änderungen erfährt, wurden gleichzeitig die Strukturen im Generalsekretariat überprüft und teilweise angepasst.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Geistiges Eigentum und dem designierten Präsidenten des Bundespatentgerichts wurden die Vorarbeiten für die Betriebsaufnahme des Bundespatentgerichts abgewickelt. Das Gericht wird den Betrieb am 1. Januar 2012 in einem Provisorium in St. Gallen aufnehmen und im Herbst 2012 seinen definitiven Sitz im Gebäude des Bundesverwaltungsgerichts beziehen.

Am 1. April trat Jürg Felix die Stelle als Generalsekretär an. In der Funktion als stellvertretende Generalsekretärin amtiert weiterhin Placida Grädel-Bürki, welche das Generalsekretariat vom 1. November 2010 bis am 31. März ad interim geleitet hatte.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 393 Personen tätig: 72 Richterinnen und Richter (64,55 Stellen), 209 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (179,35 Stellen), 44 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (38,70 Stellen) und 68 juristische, wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende im Generalsekretariat (63,15 Stellen). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Totalbestand um 8 Personen.

66,4% aller am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 26,2% französischer, 6,4% italienischer und 1% anderer Muttersprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres 55,7%; bei den Richterinnen und Richtern 29,2%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 58,9%, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 95,5% und im Generalsekretariat 48,5%. In Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 50 und 90% arbeiteten 51,4% der Richterinnen und Richter sowie 45,2% des nichtrichterlichen Personals.

91 Austritten standen 99 Neueintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate betrug 23,5%; bei den Richterinnen und Richtern 5,5%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 18,2% und beim übrigen Personal 43,7%. Der Umzug des Gerichts nach St. Gallen erschwert die Gewinnung von neuem Personal ausserordentlich. Dies trifft vor allem für Mitarbeitende französischer bzw. italienischer Muttersprache und nichtjuristisches Fachpersonal zu.

Finanzen

Die Erfolgsrechnung weist einen Aufwandüberschuss von 68 548 367 Franken aus. Den Erträgen von 5 728 187 Franken stehen Aufwendungen von 74 276 554 Franken gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 1 375 817 Franken zu verzeichnen, welcher auf die höher ausgefallenen Gebühren zurückzuführen ist. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1 997 585 Franken höher ausgefallen. Davon entfallen 1 471 801 Franken auf den Personalaufwand und 354 640 Franken auf den Sach- und den übrigen Betriebsaufwand. Zusätzlich wurden die Rückstellungen für aufgelaufene Zeitguthaben um 198 300 Franken erhöht.

Für die Behandlung der UBS-Amtshilfeverfahren wurden im Berichtsjahr insgesamt 1 358 127 Franken aufgewendet. Dem stehen Gebührenerträge von 1 932 002 Franken gegenüber.

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 1 363 995 Franken aus, welche den Informatikplattformwechsel, die juristische Dokumentation und den Ersatz des bisherigen Geschäftsfahrzeugs betreffen. Die anteiligen Software-Lizenzkosten für das Geschäftskontrollsystem wurden aktiviert und erstmals mit einer Rate von 171 144 Franken abgeschrieben. Nach 2008 wurde das Bundesverwaltungsgericht im Berichtsjahr wieder einer Überprüfung durch die Finanzkontrolle unterzogen. Die Prüfergebnisse waren positiv. Es wurden einige wenige Empfehlungen ausgesprochen.

Betrag in CHF

Ertrag	5 728 187
Gebühren	5 357 161
Entgelte	198 991
Übriger Ertrag	172 035

Aufwand	74 276 554
Personalaufwand	61 030 343
Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	60 514 479
Übriger Personalaufwand	515 864

Sach- und übriger Betriebsaufwand	13 075 067
Eidgenössische Schätzungskommissionen	101 303
Umzug nach St. Gallen	779 530
Bundespatentgericht	846 566
Raummierte	4 980 240
Informatik Sachaufwand	3 082 389
Beratungsaufwand	93 613
Übriger Betriebsaufwand	2 993 126
Einlage in Rückstellungen aufgelaufener Zeitguthaben	198 300
Abschreibungen	171 144

Investitionsausgaben	1 363 995
Informatikplattformwechsel	1 269 682
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	94 313

Informatik

Im Mai wurde der IT-Plattformwechsel abgeschlossen. Ausserdem standen im Berichtsjahr die Projekte Einführung des Zeiterfassungssystems SAP-PT, Umzug nach St. Gallen und Aufbau der IT für das Bundespatentgericht im Vordergrund. SAP-PT entspricht dem bundesweiten Standard und wird dem Bundesverwaltungsgericht ab 1. Januar 2012 zur Verfügung stehen.

Wissen und Dokumentation

Im Berichtsjahr konnte das Projekt «Docu TAF» abgeschlossen werden. Ziel des Projekts war die Umsetzung der 2008 verabschiedeten Dokumentationspolitik des Bundesverwaltungsgerichts. Die Dokumentationspolitik soll sicherstellen, dass das Gericht die Qualitätsanforderungen an die juristische Dokumentation der Urteile erfüllt und dadurch eine benutzerfreundliche und zukunftsgerichtete Unterstützung der Rechtsprechung gewährleistet wird.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht verfolgt eine offene und transparente Kommunikationspolitik. Seine Medienstelle informiert die akkreditierten Journalistinnen und Journalisten regelmässig und ausführlich über die Gerichtsurteile. Das Augenmerk liegt auf jenen Verfahren, die auf ein grosses Medienecho stossen. Im Berichtsjahr galt dies beispielsweise für die Wegweisungspraxis in Dublin-Verfahren sowie für die Verfahren betreffend Google Street View, Hochspannungsleitungen und Stromtarife (Swissgrid) oder das Kernkraftwerk Mühleberg.

Nach Verabschiedung des Rahmenkonzepts für die Kommunikation der eidgenössischen Gerichte mit den Medien erliess das Bundesverwaltungsgericht seine Richtlinie für die Kommunikation der Rechtsprechung. Im Berichtsjahr stieg die Zahl der akkreditierten Journalistinnen und Journalisten von 30 auf 34.

Aufsicht

Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung des Bundesgerichts vom 30. März in Lausanne wurden der Geschäftsbericht 2010, die Rechnung 2010, der Voranschlag 2012 sowie das Projekt Geschäftslastbewirtschaftung thematisiert. In der vorangehenden gemeinsamen Sitzung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesstrafgerichts wurde insbesondere der Entwurf des Rahmenkonzeptes für die Kommunikation der eidgenössischen Gerichte gegenüber den Medien bereinigt und der Entwurf für den gemeinsamen Internetauftritt genehmigt.

An der Sitzung vom 23. September in Bern ging es unter anderem um die Verfahrensdauer und das Priorisieren im Asylverfahren, die Geschäftslastbewirtschaftung sowie die Zusammenarbeit mit dem Bundespatentgericht.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Aufsichtsanzeigen ein. In zwei Fällen wurde die Rüge der Rechtsverzögerung gutgeheissen und das Bundesverwaltungsgericht aufgefordert, zügig zum Entscheid zu kommen. Der dritten Anzeige wurde keine Folge gegeben.

Bundesversammlung

Das Bundesverwaltungsgericht traf sich am 5. April mit den Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte. Gegenstand dieser Sitzung waren das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverwaltungsgerichts, das Controlling, die Entwicklung der Geschäftslast und organisatorische Massnahmen, Telearbeit, der Umzug nach St. Gallen, die neue IT-Plattform, der Aufbau des Bundespatentgerichts sowie die Zusammenarbeit mit dem Bundesgericht.

Am 6. April fand eine weitere Sitzung mit den genannten Subkommissionen sowie mit der Subkommission 1 der Finanzkommission des Ständerats und der Subkommission 2 der Finanzkommission des Nationalrats statt. Thematisiert wurden an dieser Sitzung unter anderem der Geschäftsbericht und die Staatsrechnung 2010 des Bundesverwaltungsgerichts.

Im Rahmen der regelmässigen Prüfung und Überwachung des gesamten Finanzhaushalts des Bundes erfolgte auch im Berichtsjahr ein Besuch der Subdelegation 1 der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte. In der entsprechenden Informationssitzung am 17. August wurden unter anderem der Stand der Projekte Standortwechsel St. Gallen und Bundespatentgericht sowie die Geschäftslast und die UBS-Amtshilfeverfahren thematisiert.

Den Kommissionen für Rechtsfragen wurde der Antrag gestellt, die Richterinnen und Richter bezüglich des Einstiegslohns und des Lohnanstiegs neu einzureihen sowie das gesetzliche Rücktrittsalter an die bestehende Regelung des Bundesgerichts anzugleichen (Rücktrittsalter 68 Jahre). Dies hat in den Kommissionen zu einer entsprechenden parlamentarischen Initiative geführt.

Bezüglich der Aufsicht des Bundesverwaltungsgerichts über die eidgenössischen Schätzungskommissionen wird auf Seite 68 (Abteilung I) verwiesen.

Zusammenarbeit

Das Bundesstrafgericht und das Bundesverwaltungsgericht stehen in regelmässigem Kontakt. Anlässlich des jährlich stattfindenden Treffens der Verwaltungskommissionen fand ein Gedankenaustausch zu verschiedenen Themen statt, die für beide Gerichte von Interesse sind.

Projekt St. Gallen

Im Berichtsjahr näherte man sich weiter der Zielgeraden. Im Februar nahm die mit Vertretern des Bundes und des Kantons St. Gallen besetzte Betriebskommission ihre Arbeit auf und die Planung der Aufbau- und Betriebsphase wurde in Angriff genommen. Der Bau schritt plangemäss voran, wobei der Innenausbau des Gebäudes im Zentrum stand. Unter anderem wurde das Mobiliar beschafft und es erfolgte der Aufbau des Informatiknetzwerks, die Evaluation und die Beschaffung neuer Hardware sowie die Vorbereitung einer neuen Telefonie-Lösung (Internet-Telefonie).

Ebenso wurden der Betreiber der zukünftigen Cafeteria sowie das mit dem Unterhalt des Gebäudes betraute Reinigungsunternehmen gewählt. Schliesslich wurde die logistische Planung des Umzugs und der Belegung vorangetrieben.

Das Gericht war im Berichtsjahr von einer überdurchschnittlichen Fluktuationsrate betroffen. Es stand vor der Herausforderung, rund 100 Stellen neu zu besetzen und entsprechend viele neue Mitarbeitende einzuarbeiten. Die Personalgewinnung verlief jedoch erfolgreich und die vakanten Stellen konnten durch qualifiziertes Personal besetzt werden. Bei den Neueinstellungen wurde darauf geachtet, dass nur Umzugswillige oder bereits in der Ostschweiz Ansässige rekrutiert wurden.

Den Mitgliedern und den Mitarbeitenden des Gerichts wurde Gelegenheit gegeben, das neue Gebäude zu besichtigen, und es wurden zwei sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen in St. Gallen organisiert. Darüber hinaus wurde laufend in den internen Publikationen über das Projekt berichtet.

Die Medienstelle des Bundesverwaltungsgerichts betrieb im Hinblick auf den bevorstehenden Umzug und die damit verbundenen Feierlichkeiten eine intensivste Öffentlichkeitsarbeit. Die offizielle Schlüsselübergabe wird am 11. Januar 2012 stattfinden.

Die Personalabteilung des Gerichts richtete eine Anlaufstelle für alle Fragen im Zusammenhang mit dem Umzug nach St. Gallen ein. In zwei internen Veranstaltungen (im Frühjahr in Bern auf Deutsch und im Herbst in St. Gallen auf Französisch) hatten die Mitarbeitenden Gelegenheit, sich näher zu informieren.

Geschäftslastbewirtschaftung

Anlässlich der Sitzung des Gesamtgerichts vom 26. Mai haben die Experten der Universitäten Bern und St. Gallen die Ergebnisse der im Oktober 2009 in Auftrag gegebenen Studie zur Geschäftslastbewirtschaftung präsentiert. Im Juli wurde der Schlussbericht vorgelegt. Es ist gelungen, für rund 50 von 68 festgelegten Fallkategorien valide Geschäftslastwerte – d.h. die Zahl der für ein durchschnittliches Dossier dieser Kategorie erforderlichen Arbeitsstunden – oder zumindest sichere Bandbreiten zu ermitteln. Bei den übrigen Fallkategorien scheiterte eine sichere statistische Auswertung beispielsweise an zu kleinen Fallzahlen oder an Verzerrungen durch singuläre Fälle. Die Auswertung zeigt insgesamt grosse Unterschiede im Fallgewicht auf. Die Studie enthält im Weiteren verschiedene Empfehlungen zu strukturellen und organisatorischen Aspekten. Ziel ist es, gestützt auf die Ergebnisse der Studie eine nachhaltige Geschäftslastbewirtschaftung zu betreiben.

Hinweise an den Gesetzgeber

Art. 65 AuG (Einreiseverweigerung am Flughafen) sowie Art. 22 AsylG (Asylverfahren am Flughafen) und 23 AsylG (Entscheide am Flughafen) sehen jeweils rasche Verfahren vor. Für das Rechtsmittelverfahren werden jedoch nur im AsylG besondere verfahrensrechtliche und organisatorische Vorkehrungen getroffen (Art. 109 Abs. 3, Art. 111 Bst. c und Art. 111a AsylG). Im Anwendungsbereich des AuG bleibt das ordentliche Verfahrensrecht anwendbar.

Art und Zahl der Geschäfte

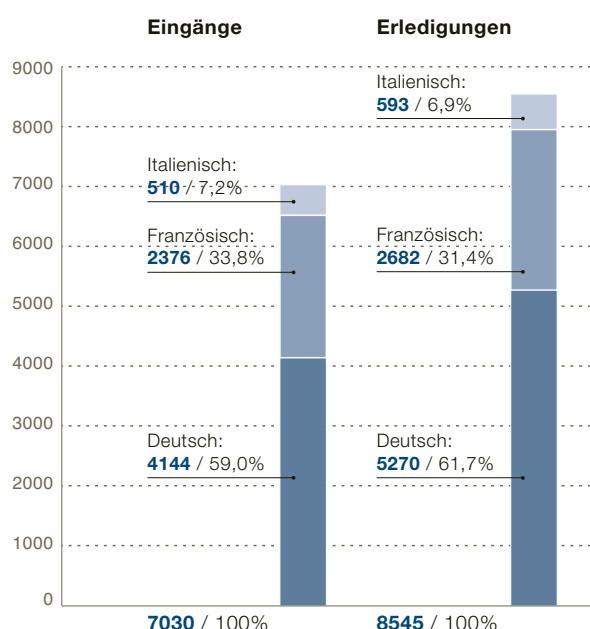
Geschäfte

	Eingang 2010	Erledigung 2010	Übertrag von 2010	Eingang 2011	Erledigung 2011	Übertrag auf 2012
Beschwerden	8520	8766	6612	6729	8223	5118
Klagen	2	1	6	1	2	5
Andere Rechtsmittel	152	155	6	21	21	6
Revisionsgesuche usw.	222	227	68	279	299	48
Total	8896	9149	6692¹	7030	8545²	5177

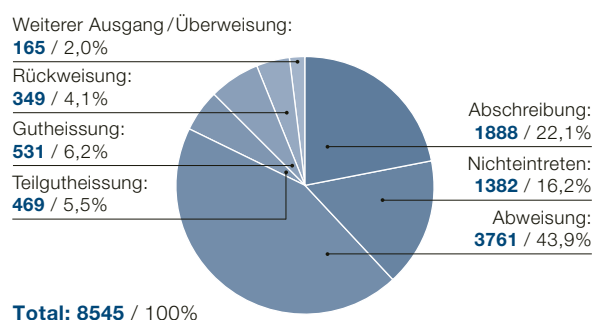
Verfahrensausgang

Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Teil- guthעissung	Guthעissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
1860	1248	3677	468	520	345	31	74
–	–	–	1	1	–	–	–
3	2	1	–	–	–	8	7
25	132	83	–	10	4	18	27
1888	1382	3761	469	531	349	57	108

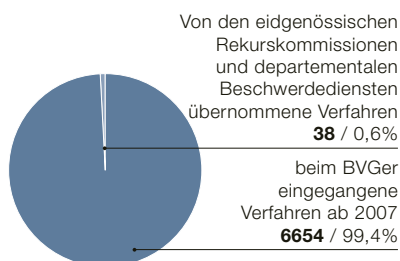
Streitsachen nach Sprachen 2011



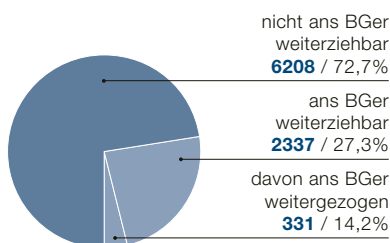
Art der Erledigung 2011



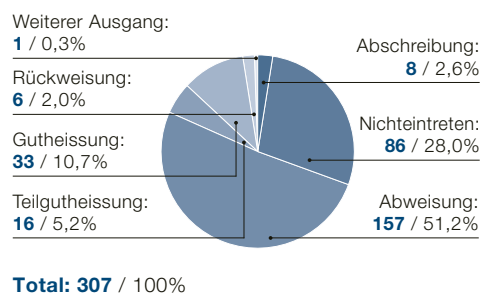
¹ Übertrag von 2010: 6692*



² Erledigung 2011: 8545

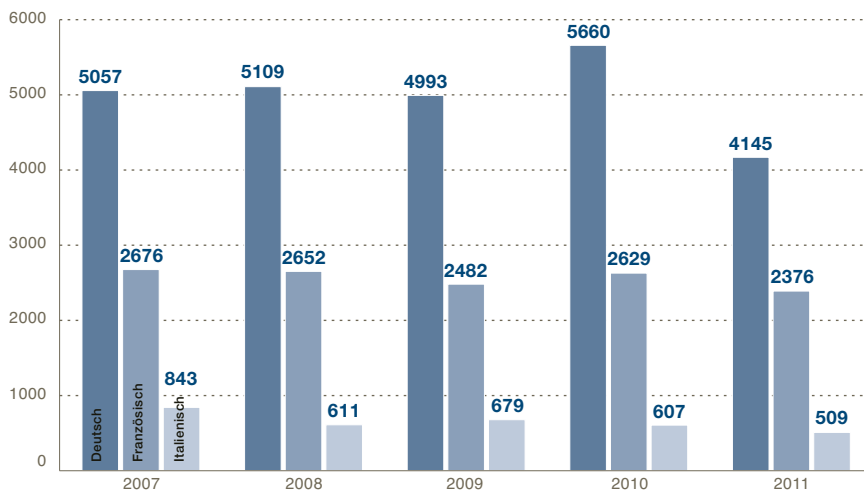


Erledigung der weitergezogenen Verfahren

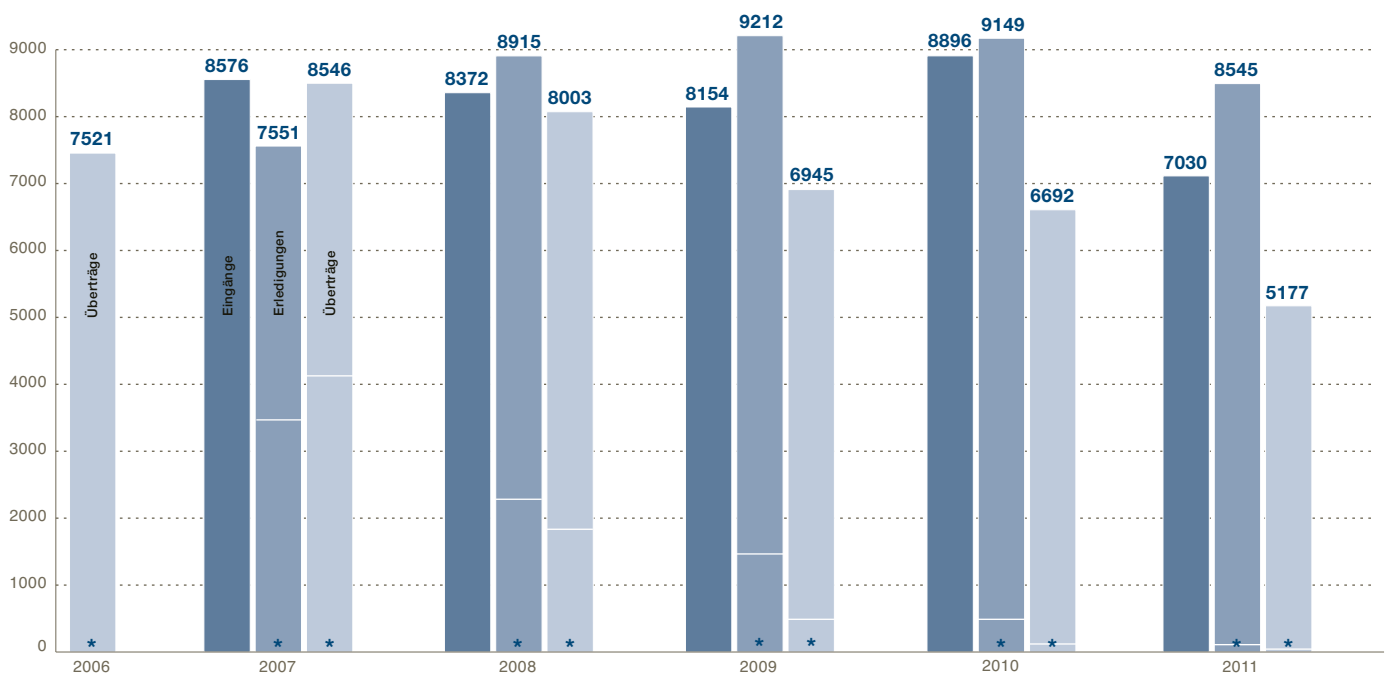


* Die Differenz zu den übertragenen Verfahren gemäss Geschäftsbericht 2010 ist durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen usw.).

Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



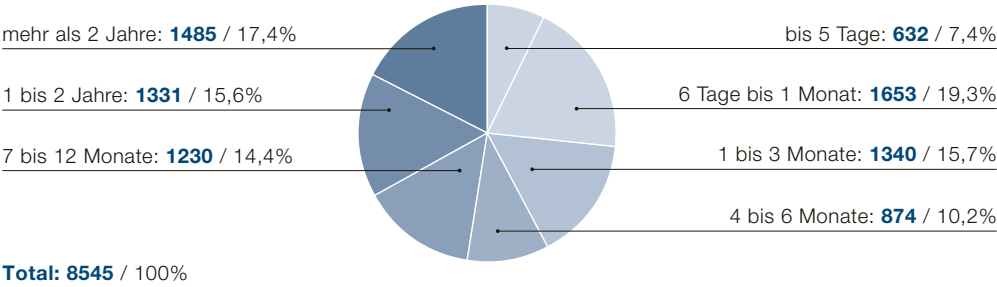
Eingänge, Erledigungen, Überträge



* von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren

Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2011
Beschwerden	567	1515	1268	860	1219	1321	1473	8223
Klagen	–	–	–	–	–	2	–	2
Andere Rechtsmittel	8	4	5	3	1	–	–	21
Revisionsgesuche usw.	57	134	67	11	10	8	12	299
Total	632	1653	1340	874	1230	1331	1485	8545



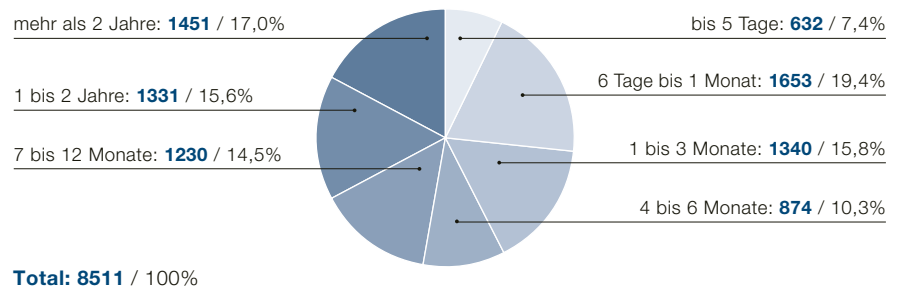
Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	336	3601	387	2392
Klagen	583	662	636	1010
Andere Rechtsmittel	46	334	174	781
Revisionsgesuche usw.	95	1965	360	1326
Gesamtdurchschnitt	327		386	

Dauer der Geschäfte

(nur Bundesverwaltungsgericht; Verfahrenseingang ab 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

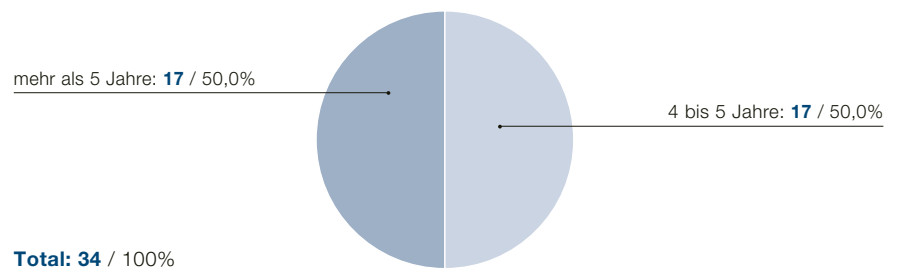
	Eingang BVGer 2011	Dauer der Geschäfte								Mittlere Dauer	Maximale Dauer
		Erledigung 2011	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Tage	Tage
Beschwerden	6729	8190	567	1515	1268	860	1219	1321	1440	330	1783
Klagen	1	2	–	–	–	–	–	2	–	583	662
Andere Rechtsmittel	21	21	8	4	5	3	1	–	–	47	334
Revisionsgesuche usw.	279	298	57	134	67	11	10	8	11	92	1545
Total	7030	8511	632	1653	1340	874	1230	1331	1451		



Dauer der Geschäfte

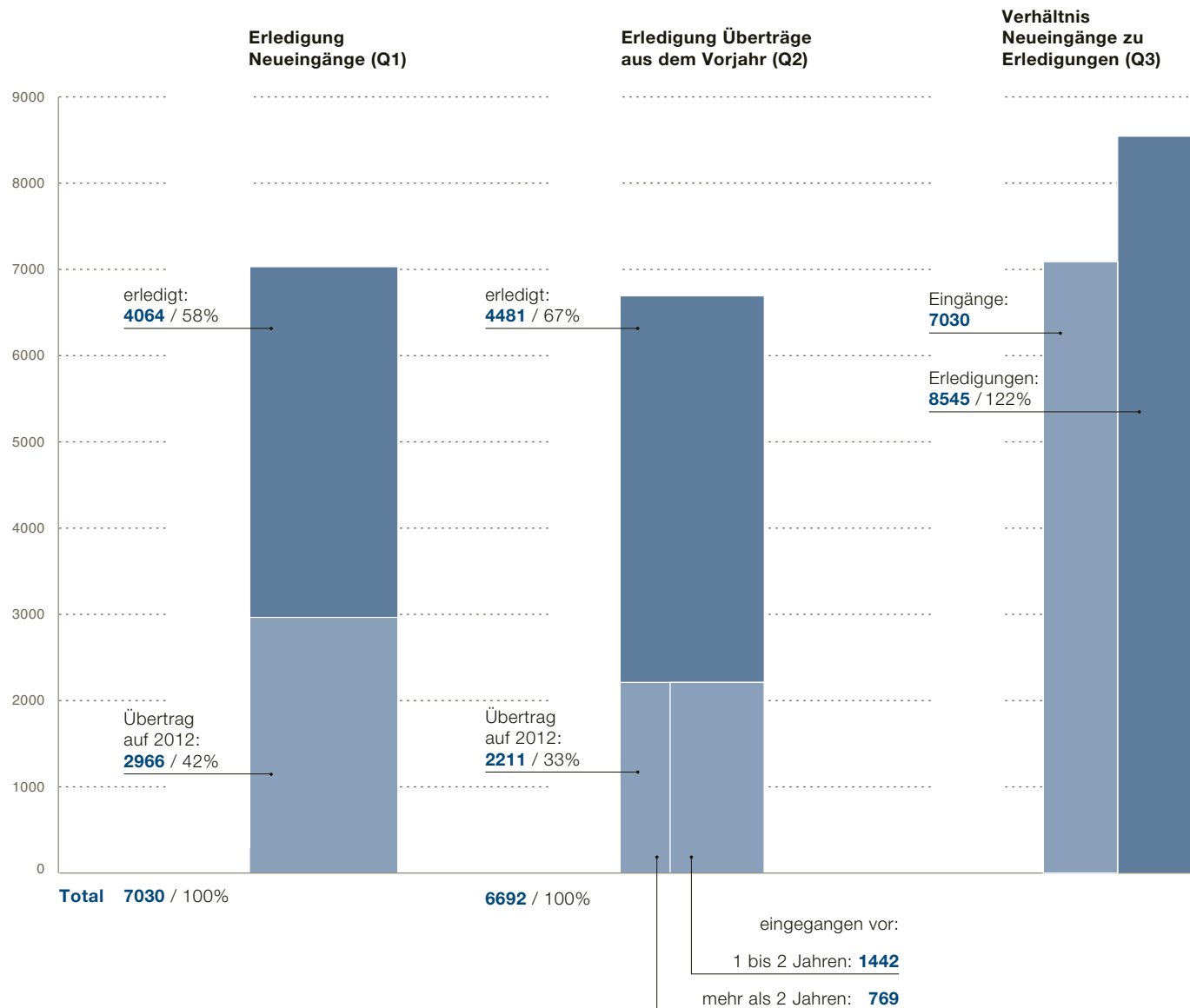
(von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren; Verfahrenseingang vor 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

	übernommene Verfahren	Dauer der Geschäfte			Mittlere Dauer	Maximale Dauer
		Erledigung 2011	4 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Tage	Tage
Beschwerden	37	33	17	16	1875	3601
Revisionsgesuche usw.	1	1	–	1	1965	1965
Total	38	34	17	17		



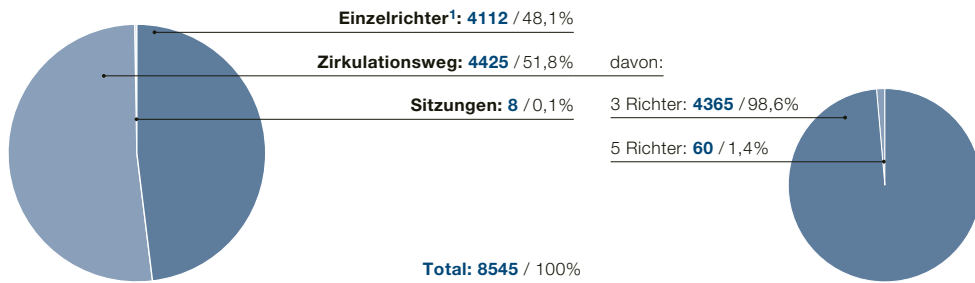
Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)			Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)			Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3)	
	Neueingang 2011	davon Erledigung 2011	davon Übertrag auf 2012	Übernommene Geschäfte von 2010	davon Erledigung 2011	davon Übertrag auf 2012	Neueingang 2011	Erledigung 2011
Abteilung I	633	313 (49%)	320 (51%)	671	509 (76%)	162 (24%)	633	822 (130%)
Abteilung II	496	219 (44%)	277 (56%)	420	362 (86%)	58 (14%)	496	581 (117%)
Abteilung III	2114	841 (40%)	1273 (60%)	2339	1425 (61%)	914 (39%)	2114	2266 (107%)
Abteilung IV	2040	1484 (73%)	556 (27%)	1540	1097 (71%)	443 (29%)	2040	2581 (127%)
Abteilung V	1747	1207 (69%)	540 (31%)	1722	1088 (63%)	634 (37%)	1747	2295 (131%)
Total	7030	4064 (58%)	2966 (42%)	6692	4481 (67%)	2211 (33%)	7030	8545 (122%)



Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Einzelrichter	Zirkulationsweg		Total	Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter		3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3955	4201	59	4260	6	2	8
Klagen	–	1	1	2	–	–	–
Andere Rechtsmittel	13	8	–	8	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	144	155	–	155	–	–	–
Total	4112¹	4365	60	4425	6	2	8

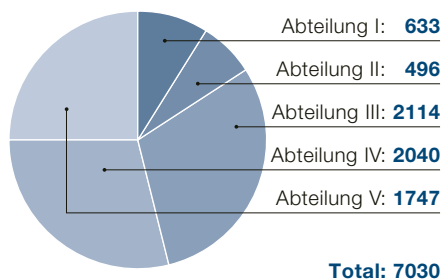


¹ Darin enthalten sind 1433 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

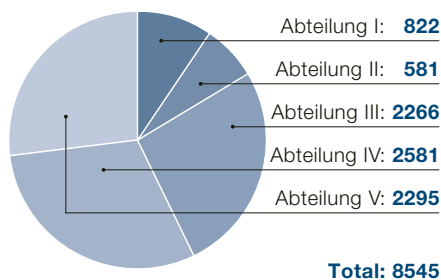
Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2010	Eingang 2011	Erledigung 2011	Übertrag auf 2012
Abteilung I				
Beschwerden	668	620	812	476
Klagen	1	–	1	–
Andere Rechtsmittel	1	8	4	5
Revisionsgesuche usw.	1	5	5	1
Total	671	633	822	482
Abteilung II				
Beschwerden	414	493	576	331
Klagen	5	–	1	4
Andere Rechtsmittel	1	1	2	–
Revisionsgesuche usw.	–	2	2	–
Total	420	496	581	335
Abteilung III				
Beschwerden	2334	2097	2251	2180
Klagen	–	1	–	1
Andere Rechtsmittel	1	2	3	–
Revisionsgesuche usw.	4	14	12	6
Total	2339	2114	2266	2187
Abteilung IV				
Beschwerden	1516	1891	2419	988
Andere Rechtsmittel	3	9	11	1
Revisionsgesuche usw.	21	140	151	10
Total	1540	2040	2581	999
Abteilung V				
Beschwerden	1680	1628	2165	1143
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	42	118	129	31
Total	1722	1747	2295	1174
Gesamttotal	6692	7030	8545	5177

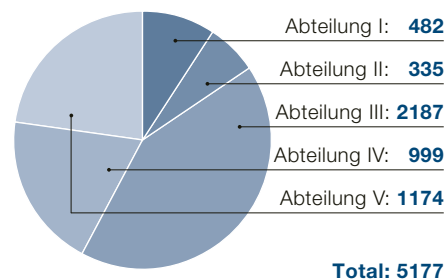
Eingang 2011



Erledigung 2011



Übertrag auf 2012



Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2007	2008	2009	2010	2011	2007	2008	2009	2010	2011
Abteilung I										
Beschwerden	611	736	490	944	620	618	697	793	818	812
Klagen	1	4	1	–	–	–	1	4	–	1
Andere Rechtsmittel	10	9	8	9	8	8	5	15	8	4
Revisionsgesuche usw.	4	3	–	1	5	3	4	–	–	5
Total	626	752	499	954	633	629	707	812	826	822
Abteilung II										
Beschwerden	426	560	411	360	493	390	448	373	380	576
Klagen	–	–	7	2	–	1	–	3	1	1
Andere Rechtsmittel	2	1	3	12	1	–	1	1	13	2
Revisionsgesuche usw.	–	1	3	–	2	1	2	3	–	2
Total	428	562	424	374	496	392	451	380¹	394³	581
Abteilung III										
Beschwerden	3494	2768	2512	2358	2097	2760	2891	2808	2543	2251
Klagen	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	15	17	6	9	2	14	15	9	10	3
Revisionsgesuche usw.	9	13	11	7	14	8	14	9	7	12
Total	3518	2798	2529	2374	2114	2782	2920	2826²	2560⁴	2266
Abteilung IV										
Beschwerden	2119	2188	2544	2731	1891	1993	2495	2864	2901	2419
Andere Rechtsmittel	58	49	44	67	9	56	53	41	67	11
Revisionsgesuche usw.	94	101	102	121	140	120	118	110	125	151
Total	2271	2338	2690	2919	2040	2169	2666	3015	3093	2581
Abteilung V										
Beschwerden	1602	1754	1884	2127	1628	1439	2000	2056	2124	2165
Andere Rechtsmittel	42	56	35	55	1	44	55	34	57	1
Revisionsgesuche usw.	89	112	93	93	118	96	116	89	95	129
Total	1733	1922	2012	2275	1747	1579	2171	2179	2276	2295
Gesamttotal	8576	8372	8154	8896	7030	7551	8915	9212	9149	8545

¹ exkl. 52 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme für die Abteilung III erledigt wurden

² inkl. 52 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II erledigt wurden

³ exkl. 34 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme für die Abteilung III erledigt wurden

⁴ inkl. 34 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II erledigt wurden

Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
Staat – Volk – Behörden						
140.00 Bürgerrecht	63	-	-	1	-	64
141.00 Ausländerrecht	848	-	-	6	-	854
142.10 Asylverfahren	4537	-	12	276	-	4825
142.50 Asyl Verschiedenes	64	-	-	2	-	66
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	9	-	-	-	-	9
144.00 Ausweisschriften	57	-	-	-	-	57
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	9	-	-	-	-	9
170.00 Staatshaftung (Bund)	12	-	-	-	-	12
172.00 Verwaltungsverfahren	25	-	1	5	-	31
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	36	-	-	-	-	36
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	47	-	1	-	-	48
195.00 Amts- und Rechtshilfe	204	-	-	1	-	205
Total Staat – Volk – Behörden	5911	-	14	291	-	6216
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung						
210.10 Stiftungsaufsicht	5	-	-	-	-	5
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
221.10 Revisionsaufsicht	29	-	-	-	-	29
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	3	-	-	-	-	3
232.10 Urheberrecht	3	-	-	-	-	3
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	54	-	-	-	-	54
232.50 Erfindungspatente	1	-	-	-	-	1
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	16	1	1	-	-	18
251.00 Kartelle	4	-	-	-	-	4
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	115	1	1	-	-	117
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	-	-	-	-	-	-
Schule – Wissenschaft – Kultur						
410.00 Schule	47	-	-	1	-	48
420.00 Wissenschaft und Forschung	12	-	-	-	-	12
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	4	-	-	-	-	4
450.00 Natur- und Heimatschutz	9	-	-	-	-	9
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	72	-	-	1	-	73
Landesverteidigung						
500.00 Landesverteidigung	6	-	-	-	-	6
Finanzen						
610.00 Subventionen	5	-	-	-	-	5
630.00 Zölle	32	-	1	-	-	33
641.00 Stempelabgaben	8	-	-	-	-	8
641.99 Indirekte Steuern	128	-	-	1	-	129
643.00 Mehrwertsteuer	81	-	-	1	-	82
650.00 Schwerverkehrsabgabe	44	-	-	-	-	44
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	3	-	-	-	-	3
650.99 Direkte Steuern	5	-	-	-	-	5
654.00 Verrechnungssteuer	12	-	-	-	-	12
655.00 Internationales Steuerrecht	-	-	-	-	-	-
699.00 Finanzen (Übriges)	-	-	-	-	-	-
Total Finanzen	190	-	1	1	-	192

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr						
711.00 Enteignung	10	-	-	-	-	10
725.00 Nationalstrassen	6	-	-	-	-	6
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	27	-	-	-	-	27
730.20 Elektrische Anlagen	69	-	-	-	-	69
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	6	-	-	-	-	6
742.00 Eisenbahnen	46	-	-	-	-	46
748.10 Luftfahrtanlagen	7	-	-	-	-	7
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	11	-	-	-	-	11
749.00 Übrige Anlagen	4	-	-	-	-	4
783.00 Post, Fernmeldewesen	62	-	-	-	-	62
785.00 Radio und Fernsehen	40	-	-	1	-	41
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	5	-	-	-	-	5
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	293	-	-	1	-	294
Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit						
810.10 Medizin und Menschenwürde	-	-	-	-	-	-
810.20 Medizinalberufe	4	-	-	-	-	4
810.30 Heilmittel	30	-	-	-	-	30
810.40 Chemikalien	11	-	-	-	-	11
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	14	-	-	-	-	14
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	6	-	-	-	-	6
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	3	-	-	-	-	3
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	62	-	1	-	-	63
830.00 Sozialversicherung	1199	-	1	5	-	1205
830.10 Sozialversicherung AT	4	-	-	-	-	4
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	173	-	-	-	-	173
830.40 Invalidenversicherung (IV)	786	-	1	4	-	791
830.50 Krankenversicherung	18	-	-	-	-	18
830.60 Unfallversicherung	15	-	-	-	-	15
830.70 Berufliche Vorsorge	189	-	-	-	-	189
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	14	-	-	1	-	15
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	5	1	-	-	-	6
850.00 Fürsorge	19	-	-	-	-	19
Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit	1353	1	2	5	-	1361
Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit						
910.00 Landwirtschaft	46	-	-	-	-	46
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	192	-	-	-	-	192
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	192	-	-	-	-	192
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	29	-	1	-	-	30
950.20 Finanzmarktaufsicht	8	-	-	-	-	8
990.99 Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit (Übriges)	2	-	-	-	-	2
Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit	269	-	1	-	-	270
999.00 Übriges	14	-	2	2	-	18
Gesamttotal	8223	2	21	299	-	8545

Vergleichstabelle: Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)

	Bundesgericht	Bundesstrafgericht	Bundesverwaltungsgericht
Anzahl Richter/innen	38,00	15,50	64,55
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	127,00	16,30	179,35
Anzahl übrige Mitarbeitende	146,90	20,70	101,85

Geschäftslast

Bestand am Anfang des Jahres	2 175	184	6 692
Anzahl Eingänge	7 419	627	7 030
Anzahl Erledigungen	7 327	589	8 545
Bestand am Ende des Jahres	2 267	222	5 177
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	126	–	327
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	7	2	769
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2011 eingegangenen Fällen	70%	66%	58%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2011 erledigten Fälle	98%	94%	67%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	99%	94%	122%

Finanzen

Erfolgsrechnung			
Ertrag	12 965 938	796 613	5 728 187
Aufwand	89 714 937	11 510 347	74 276 554
Personalaufwand	75 348 148	9 254 391	61 030 343
Sach- und übriger Betriebsaufwand	13 763 273	2 192 330	13 075 067
Einlage in Rückstellungen	–	56 000	198 300
Abschreibung Verwaltungsvermögen	603 516	7 625	171 144

Investitionsrechnung

Einnahmen	–	–	–
Ausgaben	676 657	–	1 363 995 ¹
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	676 657	–	94 313

Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben	14,34%	6,92%	7,67%
--	--------	-------	-------

Besonderes

Unentgeltliche Rechtspflege	689 983	37 741	192 186
Informatik-Sachaufwand	2 102 557	332 814	3 082 389
Raummiete	6 904 180	703 110	4 980 240

¹ davon 1 269 682 für Informatik-Plattformwechsel

Herausgeber: Bundesgericht

Av. du Tribunal fédéral 29
CH-1000 Lausanne 14
Telefon 021 318 91 11
direktion@bger.ch
www.bger.ch

Schweizerhofquai 6
CH-6004 Luzern
Telefon 041 419 35 55

Bundesstrafgericht

Postfach 2720
CH-6501 Bellinzona
Telefon 091 822 62 62
info@bstger.admin.ch
www.bstger.ch

Bundesverwaltungsgericht

Schwarztorstrasse 59
Postfach
CH-3000 Bern 14
Telefon 058 705 26 26
info@bvger.admin.ch
www.bvger.ch

ab 1. Juli 2012:
Postfach
CH-9023 St. Gallen

Bundespatentgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
Telefon 058 705 20 10
info@bpatger.ch
www.bpatger.ch

Gestaltung und Satz: Jeanmaire & Michel AG; www.agentur.ch

Diese Publikation ist auch in Französisch und Italienisch erhältlich;
sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift
Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via kanzlei@bger.ch zu bestellen.

ISSN 1663-1331
Form 104.611.d